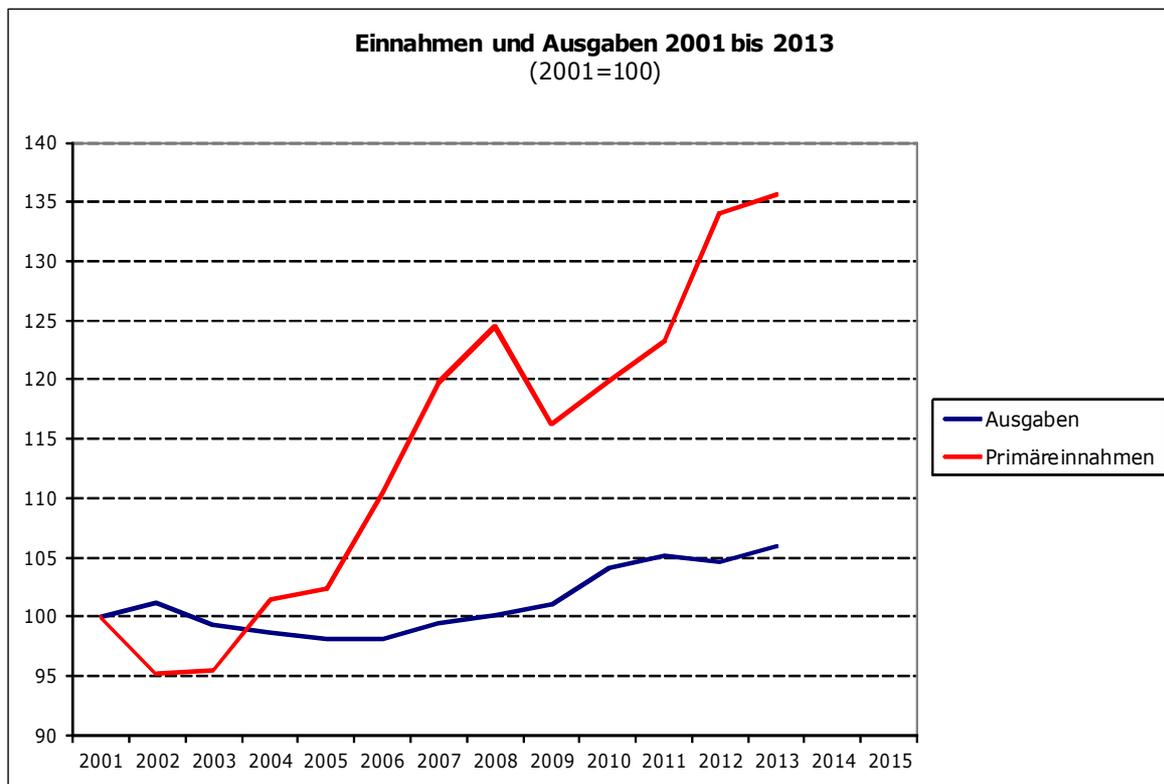


Jenseits der Notlage – Berlins Zukunft im Blick

Berlin befindet sich nicht mehr in einer Haushaltsnotlage. Das hat der Stabilitätsrat 2012 festgestellt und 2013 erneut bestätigt. Auf der Ausgabenseite war die von allen Berliner Parteien getragene Sanierungsstrategie der letzten 10 Jahre erfolgreich. Die gute Einnahmesituation verdanken wir der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der Tatsache, dass in Berlin endlich ein wirtschaftlicher Aufholprozess eingesetzt hat.



13.11.2013
Seite 2 von 7

Es gibt wieder Gestaltungsräume, die es klug zu nutzen gilt. Die Primärausgaben können in Zukunft mindestens mit der Inflationsrate wachsen. Danach verbleibende Überschüsse können bis zum Ende des Jahrzehnts für investive Sonderausgaben verwendet werden.

Im laufenden Jahr erwartet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Überschuss von 700 Millionen Euro, für 2014 und 2015 sehen wir einen Überschuss in ähnlicher Höhe. Endgültige Klarheit wird die Steuerschätzung am 7. November bringen. Dann kommt die Stunde der Wahrheit und mit ihr das Ende von Nußbaums Haushaltstricks.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert, dass über die Verwendung der erwarteten Überschüsse von rund zwei Milliarden Euro vom Abgeordnetenhaus demokratisch entschieden wird. Es darf nicht sein, dass der Finanzsenator das Geld selbtherrlich und ohne Diskussion im Schuldenberg oder im Milliardengrab des BER verschwinden lässt.

Die Erfahrung rät zur Vorsicht

Aus der Zeit der Haushaltsnotlage sollten wir alle gelernt haben, nicht wieder Großräumereien nachzujagen, die im Katzenjammer enden. Anders als in den 90er Jahren sollten wir maßvoll und überlegt in Berlins Zukunft investieren. Und wir dürfen auf keinen Fall erneut zulassen, dass die Landesunternehmen politisch überfrachtet und zum Milliardengrab werden.

Auch die ausstehende Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden mahnt zur Vorsicht. Wie es ab 2020 weiter geht, kann im Augenblick niemand sagen.

Die Verhandlungen zu den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bieten neben Risiken auch Chancen. Sollte Berlin bei der Neuaushandlung der Finanzbeziehungen jedoch größere Einbußen erleiden, kommt auf den Haushalt ein erneuter Konsolidierungsdruck zu.

Der grüne Haushaltsplan: Investitionen in die Zukunft

Die finanzpolitische Debatte muss heraus den Hinterzimmern, in denen eine zerstrittene SPD mit der CDU immer neue faule großkoalitionäre Kompromisse schließt. Zu dieser Diskussion wollen wir einen Beitrag leisten, indem wir den möglichen Verteilungsspielraum ausweisen, die Reserven des Finanzsenators aufdecken und die wichtigsten Aufgaben für die nächsten Jahre skizzieren.

1. Wir wollen stärker in den **Erhalt der städtischen Infrastruktur** investieren. Der Senat muss aufhören, Berlins Straßen, öffentliche Verkehrsmittel und Gebäude auf Verschleiß zu fahren und die erforderlichen Unterhaltungsmittel als Sparbüchse zu missbrauchen. Im Grünen Haushaltsplan sind rund 200 Mio. Euro für die Sanierung von Schulen, Kitas, Universitäten und Verwaltungsgebäuden, für Bäder, Straßen, Radverkehr und die U-Bahn vorgesehen. Städtische Infrastruktur und deren Erhalt hat für uns eindeutigen Vorrang vor Neubau.
2. Die Koalition hat auf dem Papier ein **Stadtwerk** beschlossen, das seinen Namen nicht verdient. Dezentrale Energieerzeugung, Reduktion des Verbrauchs und energetische Sanierung des Gebäudebestands sind immer noch Fremdwörter für Rot-Schwarz. Dabei schaut die ganze Welt darauf, ob Deutschland es schafft, aus der Atomenergie auszusteigen und zugleich den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu drosseln. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat im Sommer einen Investitionsplan des Stadtwerks im Volumen von rund 450 Millionen Euro beschlossen, für den in den nächsten zwei Jahren Haushaltsmittel in Höhe von 60 Mio. Euro bereit gestellt werden sollen.
3. Es muss in Berlin wieder einen **sozialen Wohnungsbau** geben wie in allen anderen deutschen Städten auch. Die Mietentwicklung in der Stadt lässt gar keine andere Wahl. Deshalb hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Fonds für soziale Wohnungspolitik mit einem Volumen von 650 Millionen Euro beschlossen, mit dem öffentliche und private Investitionen von rund 3,5 Milliarden Euro angeschoben werden können. Im Doppelhaushalt 2014/2015 sieht der grüne Haushaltsplan

Landesmittel von 150 Mio. Euro für den sozialen Wohnungsbau und studentisches Wohnen vor.

4. Der **Rückkauf der Wasserbetriebe** verlangt eine seriöse Finanzierung mit Eigenkapital aus Haushaltsmitteln, wenn die Wasser- und Abwasserpreise sinken sollen, ohne die nächste Generation mit den Kosten des Rückkaufs zu belasten.
Heuschreckenfinanzierung à la Wowereit – der Kauf kann „aus der Rendite des Unternehmens finanziert werden“ - lehnen wir ab. 400 Mio. Euro aus dem Haushalt 2013 und in der Folge eine geringere Kreditfinanzierung wären für eine bürgerfreundliche und generationengerechte Lösung des Problems ideal. Dieses Geld darf auf keinen Fall vom Bruchpiloten Wowereit am Parlament vorbei in die BER-Rücklage verschoben werden.
5. Die in der Not abgesenkten **Gehälter der Beschäftigten** im öffentlichen Dienst Berlins müssen wieder an das in Deutschland übliche Niveau herangeführt werden. Dieses Versprechen einzuhalten, sind alle Parteien den Beschäftigten schuldig. Die Berliner Beamten fordern zu Recht Gleichbehandlung mit den Angestellten und einen verlässlichen Angleichungspfad bis 2017. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will in einem ersten Schritt die Gehälter in den beiden nächsten Jahren um 3,0% statt der geplanten 2,5% anheben. Die damit verbundenen Kosten belaufen sich auf 31 Millionen Euro pro Jahr.
6. In den **Einzelplänen** beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **konsumtive Mehrausgaben** von rund 60 Millionen Euro, die wir komplett durch Kürzungen an anderer Stelle gegenfinanzieren. Darunter finden sich 25 Millionen Euro für die Bezirke, 10 Millionen zur Förderung der freien Kulturszene, 7 Millionen Euro für die schulische und berufliche Bildung und 5 Millionen für die Förderung des Tourismus aus der City Tax (Näheres Siehe Anlage).

13.11.2013
Seite 5 von 7

Unseriöse PR oder ehrliche Haushaltsplanung?

Am 18.1.2013 erklärte Senator Nußbaum zum Doppelhaushalt 2014/2015 in der Berliner Zeitung: „Wir werden die Ausgaben nicht erweitern können.“ Das war mal wieder ein typischer Nußbaum.

Tatsächlich steigen die Ausgaben des Senatsentwurfs ohne Risikoabschirmung (berlinovo) und BER gegenüber 2013 um gut 800 Millionen Euro auf 22,9 Milliarden Euro. Mit den erwarteten Änderungsanträgen der Koalition werden es mehr als 23 Milliarden Euro sein.

Zu den berüchtigten 0,3 Prozent wollten wir eigentlich nichts mehr sagen. Aber weil sie immer wieder wahrheitswidrig aufgewärmt werden, weisen wir darauf hin, dass die Ausgaben seit Nußbaums Amtsantritt 2009 im Schnitt um knapp 1,5 Prozent pro Jahr gestiegen sind. Und so geht es auch weiter.

Ebenso typisch für Nußbaums Haushaltspläne ist, dass auf der Einnahmeseite rund 700 Millionen Euro unterschlagen sind. Mindestens 500 Millionen Euro bei den Steuern und etwa 200 Millionen Euro bei den sonstigen Einnahmen.

Wir Grüne versuchen eine ehrliche Haushaltsplanung vorzunehmen, soweit dies aus der Opposition möglich ist. Insbesondere die Einnahmeerwartungen sind sehr vorsichtig kalkuliert.

Grüner Haushaltsplan (in Mio. €)

Struktureller Teil	2011	2012	2013	2014	2015
Einnahmen	20.794	22.568	22.700	23.250	23.500
Änderung		1.774	132	550	250
Prozentual		8,5	0,6	2,4	1,1
Ausgaben	21.509	21.813	22.050	22.750	23.000
Änderung		304	237	700	250
Prozentual		1,4	1,1	3,2	1,1
Überschuss	-715	755	650	500	500

Sonderausgaben	2011	2012	2013	2014	2015
Senat:					
BER		444	0	??	??
Risikoabschirmung		28	50	112	90
Grüne:					
Risikoabschirmung					-30
BWB Rückkauf			400		
Stadtwerk Eigenkapital				25	35
Wohnungsbau				70	75
Noch Platz / Tilgung	-715	283	200	293	300

13.11.2013
Seite 7 von 7

Anhang

Kosumtive Schwerpunkte in den Einzelplänen

Bereich	Bezeichnung	Zusätzlich 2014	Zusätzlich 2015	Anmerkung
Kultur	Diverse	10.457.000	10.404.000	Freie Szene stärken
Polizei	Allgemeine Dienstkleidung (Kontenwirtschaft)	800.000	800.000	(Winter)Kleidung
Sport	Förderung des Sports	1.000.000	1.000.000	Sportprojekte
Justiz	Diverse	1.610.000	1.610.000	Verbesserung Resozialisierung
Verbraucher- schutz	Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin	250.000	250.000	Beratung verbessern
Arbeitsmarkt	Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung	1.200.000	1.500.000	Ausbildung verbessern
Schule	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft	3.400.000	4.250.000	Neue allgemeinbildende Freie Schulen
Schule	Leistungen für Pflege und Hilfe für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf	1.200.000	1.200.000	Inklusion ermöglichen
Hochschule	Maßnahmen zur Verbesserung der Situation des akademischen Mittelbaus an den Hochschulen	1.500.000	1.500.000	Nachwuchs fördern
Soziales	Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren	473.000	473.000	Soziale Stadt
Verkehr	Diverse	1.400.000	1.950.000	Mobilität verbessern
Wirtschaft	Zuschüsse für besondere kulturelle, touristische und sportbezogene Projekte	5.000.000	5.000.000	Tourismus fördern
Bezirke	Pauschale Mehrausgaben	25.000.000	25.000.000	Global konsumtiv
Sonstiges/ Glattstellen	Diverse	4.710.000	5.063.000	Verschiedenes
Summe		58.000.000	60.000.000	

Gegenfinanziert aus strukturellen Einsparungen